

Von der EU-Malaise zur Balkan-Fatigue

Der Standard
December 16, 2005

Die Finanzvorschläge bremsen Erweiterung

Wien/Skopje - "Die Österreicher sagen, dass sie sich für den Balkan einsetzen wollen, aber sie kämpfen nicht dafür", kritisiert Gerald Knaus von dem Thinktank European Stability Initiative (ESI). "Wenn man die EU-Erweiterung will, dann muss man sie auch verkaufen." Die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik hatte am Mittwoch gesagt, dass für die Aufnahme Mazedoniens in die EU "der Titel EU-Erweiterung nicht ganz passend" wäre. Vielmehr gehe es dabei um die "Wiedervereinigung und den Wiederaufbau Europas".

Zuvor hatte der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy die EU-Erweiterung und die Verleihung des Kandidatenstatus an Mazedonien prinzipiell infrage gestellt, obwohl die EU-Kommission dies erst Anfang November empfohlen hatte. Auf den Balkan-Gipfeln in Zagreb im Jahr 2000 und Thessaloniki im Jahr 2003 wurde Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro und Albanien ganz klar eine EU-

Beitrittsperspektive gegeben. Mit Kroatien wird bereits verhandelt. Doch nicht nur die französischen Signale, sondern auch die britischen Finanzvorschläge dürften die EU-Annäherung am Balkan bremsen.

Das Budget für die "Mittel vor dem Beitritt" dürfte von 2007 bis 2014 7,6 Mrd. Euro betragen. Nach Berechnungen der ESI dürfte die Türkei zwei Drittel davon, also 740 Millionen Euro, Kroatien 120 Millionen Euro pro Jahr bekommen. Für die vier verbleibenden Westbalkanländer - falls Montenegro und der Kosovo unabhängig werden, sind es sechs - blieben 285 Mio. Euro. "Das ist ein Signal, dass die Länder bis 2014 gar keine echten EU-Kandidaten werden sollen", so Knaus. Die EU verabschiedete sich vom strategischen Denken, denn schließlich habe man jahrelang investiert, um den Balkan zu befrieden. "Dort glaubt man, dass man nur eine Chance hat, wenn man mächtige Freunde hat wie Kroatien."